

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

2 500 000 Mark

Sonnabend

6. Oktober 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2501

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wiederherstellung der Koalition.

Aus dem Reichstag erfahren wir:

Im Verlauf der vielstündigen Verhandlungen, die in der letzten Zeit von den Sozialpolitikern der bisherigen Koalitionsparteien und den Parteiführern geführt wurden, ist eine Verständigung zustande gekommen, die den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchaus entspricht. Man einigte sich zunächst dahin, die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz auszuschließen und im übrigen auch eine Reihe sozialpolitischer Fragen nicht in dieses Gesetz einzuschalten. Sie sollen auf dem gesetzlichen Wege und nicht auf dem Wege der Verordnung allgemein geregelt werden. Die Formulierung über die Arbeitszeitfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter respektvoller Ausnutzung der technischen Erfindungen sowie organisatorischer Verbesserungen unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuordnung der Arbeitszeitgesetze unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit nicht zu umgehen sein. Dabei ist auch die Möglichkeit der tatsächlichen oder gesetzlichen Ueberbreitung der heutigen Arbeitszeit im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung der Produktion vorzunehmen. Für die öffentlichen Verwaltungen finden ähnliche Grundsätze Anwendung.“

Diese Vereinbarung, der auch die Vertreter der Volkspartei, Hugo und Albrecht, zustimmen, stützt sich auf die Note vom November vorigen Jahres, die bekanntlich die Zustimmung der Sozialdemokratie fand. Sie ist vielleicht insofern noch besser, als in der Novembernote die behörbliche Regelung zugelassen wird, während in der jetzt getroffenen Vereinbarung die gesetzliche Regelung vorgezogen ist.

Der Reichskanzler wird wahrscheinlich schon heute nachmittag um 2 Uhr seine Programmklärung vor dem Reichstag abgeben, nachdem er die Zustimmung aller Fraktionen zu den Vereinbarungen erhalten hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Vormittagsagung der Vereinbarung mit großer Mehrheit zugestimmt.

Was die Zusammenfassung des Kabinetts betrifft, so ist für die Finanzen der Direktor der Darmstädter Bank, Dr. Schacht, für die Wirtschaft der bekannte Wirtschaftspolitiker Rabehtge vorgeschlagen, der auch Mitglied der Sozialkommission war. Beide gelten als entschieden links gerichtete Persönlichkeiten.

Im übrigen soll das Kabinett unverändert bleiben. Der Anspruch der Sozialdemokratie, neben Schmidt, Solmann und Kadruich noch einen vierten Mann in der Regierung zu haben, wird anerkannt, doch ist die Frage des Amtes und der Person noch nicht entschieden. Es wird im Fraktionskreise erörtert, ob nach die Beanspruchung des einen oder des anderen Staatssekretärpostens vorzuziehen sei.

Die Reichstagsfraktion soll heute um 2 Uhr beginnen. Nach Abgabe der Regierungserklärung durch den Reichskanzler soll eine Pause eingelegt werden, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben. Dann soll die Debatte heute noch ausgenommen und womöglich noch am Sonntag mit der Verabschiedung des so hart umkämpften Ermächtigungsgesetzes abgeschlossen werden.

Die Entscheidung, die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heute vormittag gefällt wurde, wird in Parteikreisen hart umkämpft werden. Ein Teil der Parteigenossen wird es billigen, daß die Fraktion durch eine energische und kluge Taktik den Grundzug des Achtstundentages verteidigt und zugleich die der Republik lebensgefährlichen Manöver von rechts durchkreuzt hat. Ein anderer Teil, der die große Koalition von vornherein bekämpfte und ihren Zerfall begrüßte, wird sich begreiflicherweise nicht leichtem Herzens mit ihrer Wiederherstellung abfinden.

Unter den besonnenen, auf das Wohl der Partei bedachten Genossen wird aber, insbesondere ihrer Stellung zu der taktischen Streitfrage des Augenblicks, Einigkeit darüber herrschen, daß es sich um eine außerordentlich schwere Entscheidung handelte, deren Bedeutung im Augenblick noch nicht vollständig zu übersehen ist. Wer an dieser Entscheidung als Beteiligter schwer mitgerungen hat, der wird es nicht verstehen, wenn da oder dort über den Beschluß der Fraktion leichtfertig abgeurteilt werden sollte. Schon die grenzenlose Mut der Rechten über das Mißlingen ihres schmutzigen Manövers sollte den Gegnern des Fraktionsbeschlusses zeigen, daß die Fraktion für ihre Entscheidung sehr gute Gründe hatte.

Der Achtstundentag kann nicht dadurch verteidigt werden, daß man die bürgerlichen Mittelparteien durch eine intransigente Haltung in das Lager der Scharfmacher hineinzieht. Eine Diktatur der Rechten wäre von der Arbeiterklasse mit dem Generalstreik beantwortet worden; aber selbst wenn dieser Generalstreik Erfolg hatte, was sollte dann an die Stelle der Rechtsdiktatur gesetzt werden? Nach Wiederherstellung

der verfassungsmäßigen Zustände hätte man vor den alten Schwierigkeiten gestanden, und man wäre durch den Generalstreik — bestenfalls — wieder zur Koalition zurückgekommen. Bei ruhiger Ueberlegung wird mancher einsehen, warum die Fraktion es vorzog, diesen Umweg lieber nicht zu machen.

Trotzdem wird nach den neuesten Erfahrungen niemand sagen, daß die große Koalition nunmehr wie ein Felsen von Erz bestehe. Die inneren Gegensätze sind für den Augenblick überbrückt, nicht vollständig überwunden. Die sozialdemokratische Partei muß die Kraft haben, innerhalb der Koalition geschlossen ihre Forderungen zu vertreten und aus der Koalition geschlossen herauszugehen, falls die Umstände dies in ablehbarer Zeit erfordern sollten. Den unabsehbaren Möglichkeiten, die sich so oder so eröffnen, muß die Partei geschlossen gegenüberstehen.

Die Fraktion hat als die dazu berufene Körperschaft ihre Entscheidung gefällt. Auch wer mit ihr nicht einverstanden ist, wird als Parteigenosse ihr zugestehen müssen, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen die ihr anvertrauten Interessen verteidigt und wahrgenommen hat. In einer großen Partei

geht es gewiß nicht ohne Kritik, aber es geht erst recht nicht — zumal in so schwerer Zeit wie der gegenwärtigen — ohne Einigkeit und Disziplin.

Die Gefahren für die Republik und die Arbeiterklasse sind noch nicht beschworen. Gerade jetzt müssen wir fester zusammenhalten denn je!

Noch immer nicht vollständig.

Nach einer Mittagsmeditation der III. weist das neue Kabinett gegenüber dem ersten Kabinett Dr. Stresemann nur geringfügige Änderungen auf. Dr. Hjalmar Schacht wird das Finanzministerium, Dr.-Ing. H. T. Koeth das Wirtschaftsministerium übernehmen. Schacht war Geschäftsführer der Darmstädter und Nationalbank. Koeth war nach dem Kriege Demobilisationskommissar; während des Krieges hat er zusammen mit Rathenau die Kriegsrohstoffwirtschaft des Deutschen Reiches verwaltet.

Von amtlicher Stelle wird indessen um 1 1/2 Uhr mittags berichtet, daß die genannten Namen nicht richtig seien. Die Besetzung der freigewordenen Ministerien ist noch nicht erfolgt.

Curzons Rede.

London, 6. Oktober. (W.B.) Nach einer ausführlichen Rede sagte Lord Curzon in seiner Rede vor der Reichsanferenz u. a., es könne nicht geleugnet werden, daß die optimistischen Erwartungen bezüglich der Ruhrbesetzung in weitem Maße durch die Ergebnisse enttäuscht worden seien. Sobald es sich gezeigt habe, daß eine lange militärische Besetzung unermesslich war, hätten sich die Italiener von der Spone zurückgezogen. Bonar Law's Angebot, die italienische und die französische Schuld an Großbritannien zu annullieren, vorausgesetzt, daß der britische Reparationsplan angenommen würde, sei erstaunlich gewesen. Seine Großmut sei aber nicht anerkannt worden. England habe nicht den mindesten Wunsch, die Partei Deutschlands zu ergreifen und Frankreich dessen, was ihm gebührt, zu berauben. Die französische und die belgische Antwort auf die britische Note hätten aber gezeigt, daß Großbritanniens Fähigkeit zu zweckmäßiger Intervention offenbar erschöpft gewesen sei.

Nachdem Lord Curzon bemerkt hatte, daß seiner Ansicht nach der deutsche Verzicht auf den passiven Widerstand drei Monate früher hätte erklärt werden sollen,

sagte er: Wir mißgönnen unseren Verbündeten nicht den Sieg — gefeiert, daß es ein Sieg ist. Im Gegenteil: Wir begrüßen ihn, gerade weil wir selbst seit langem die Aufgabe des passiven Widerstandes angeraten haben. Sind wir aber einer Regelung näher gerückt? Werden die Reparationszahlungen einzulösen beginnen? Welches ist die neue Form der Zivilverwaltung oder Organisation, die im Ruhrgebiet zur Anwendung kommen soll? Diese Fragen zu stellen, ist von großer Bedeutung. Ihre Beantwortung ist ebenso wichtig. Jedenfalls ist eins der Ereignisse, welche wir vorausgesehen haben, bereits eingetreten; denn

wir sehen den Anfang der inneren Auflösung, die wir alle lange Zeit gefürchtet haben, die man uns aber ständig als ein leeres Schreckgespenst hat hinstellen lassen. Denken Sie daran, daß diese Auflösung nicht lediglich ein unheilvolles politisches Symptom ist. Sie hat eine fürchterliche wirtschaftliche Bedeutung, denn sie bedeutet das schließliche Hinschwinden des Schuldners selbst. Was sollte deshalb der nächste Schritt sein? Ich habe in meinen Besprechungen mit dem französischen Botschafter unsere Auf-

fassung nicht verhehlt. Sie besitzt die Billigung des ersten Ministers, der kürzlich bei seinem Besuch in Paris so viel getan hat, um eine freundschaftliche Atmosphäre zu schaffen. Es ist wiederholt durch die französische Regierung versichert worden, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, die Zeit zu Erörterungen zwischen uns gekommen sein werde.

Soweit ich sehen kann, ist die deutsche Regierung aufrichtig in ihrer Absicht und hat die von mir geforderten Schritte getan. Welches die Haltung der örtlichen Bevölkerung im Ruhrgebiet sein wird, kann ich aber nicht sagen. Wenn die französische Behauptung zutrifft, daß der Widerstand nur entsprechend der Weisung von Berlin geleitet wurde, dann würden jetzt keine Schwierigkeiten bezüglich ihrer Haltung bestehen. Ich möchte nur bemerken, daß es — vorausgesetzt, der passive Widerstand sei entsprechend unseren Hoffnungen und Wünschen durch passiven Beistand erlegt worden — vielleicht zu viel ist zu erwarten, daß aus diesem Widerstand unverzüglich eine begeisterte Zusammenarbeit folgen wird.

Die französische Regierung weiß also, daß wir von ihr die nächsten Vorschläge erwarten und ihnen entgegenstehen. Die Lage, welche bei Einstellung des passiven Widerstandes zu erwarten war, muß seit langem am Dual d'Orsay vorausgesehen worden sein, infolgedessen existieren zweifelloste Pläne — wenn nicht im einzelnen, so doch in großen Zügen. Wir werden durchaus bereit sein, sie in freundschaftlichem Geiste entgegenzunehmen und zu erörtern. Unsere Stellung in Köln im besetzten Gebiet gibt uns das Recht, unsere Ansicht bei irgendwelchen örtlichen Abmachungen zum Ausdruck zu bringen, die abgeschlossen werden könnten. Wir beschämen nicht, diese Stellung aufzugeben. Unser Anspruch auf Reparationen macht es, wenn wir auch bereit wären, sie im Interesse einer Regelung hinzuzulassen, unmöglich, daß eine derartige Regelung ohne unser Mitwirken erreicht werden sollte. Unser Interesse an einer wirtschaftlichen Erholung Europas, welche uns ja nahe berührt und in mancher Beziehung sogar mehr als die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, läßt uns noch einen Aufschub verlangen. Wir haben bereits durch unerhörte Zugeständnisse unsere Bereitschaft gezeigt, dazu beizutragen. Unsere Empfindungen bleiben stets auf Seiten unserer alten und vertrauten Alliierten. Wir haben nicht den geringsten Grund, die Partei Deutschlands oder der Deutschen zu ergreifen, und wir haben nicht die mindeste Absicht, Frankreich dessen, was ihm gebührt, zu berauben. Andererseits müssen wir aber auch das, was uns gebührt, berücksichtigen und die Dinge nicht nur gefühlsmäßig betrachten, sondern auch vom praktischen Standpunkt. Wir haben mit Mißfallen die Fortsetzung einer Politik beobachtet, die uns keine guten Erfolge zu versprechen und nur zu Unglück und Ruin zu führen schien.

Bezüglich der im letzten Frühjahr vom Reichskanzler Cuno gemachten Vorschläge sagte Lord Curzon, diese seien

nicht besonders zweckmäßig gewesen. Er fuhr fort: Ich halte nicht den Eindruck, daß diese Diplomatie klug war, und in meinen Besprechungen mit dem deutschen Botschafter habe ich niemals unterlassen, ihm diese Auffassung zu unterbreiten und ihm ans Herz zu legen, daß die Pflicht seiner Regierung in erster Linie sei, ihren rechtmäßigen Verpflichtungen nachzukommen, in zweiter Linie einer Festsetzung der Bezahlung durch eine angemessene Autorität zuzustimmen, in dritter Linie, genaue und angemessene Sicherheiten zu bieten. Curzon fügte hinzu, gleichzeitig habe die englische Regierung niemals unterlassen, ihre Loyalität gegenüber der Entente zu betonen und habe mehr als einmal der französischen Regierung zu erkennen gegeben, daß, wenn sie hauptsächlich auf die Sicherheit Bedacht nehme oder neben der Reparationsfrage die Sicherheit berücksichtige, England jederzeit bereit sein würde, sie zu erörtern. Curzon erinnerte daran, wie die deutsche Regierung schließlich auf eine von der britischen Regierung erfolgte Anregung hin ihr Angebot vom 7. Juni gemacht

Dollarsprünge.

Unser Börsenberichterstatter meldet: Bereits in den gestrigen Abendstunden hatte sich eine neue rapide Aufwärtsbewegung des Dollars bemerkbar gemacht. Während er um 5 Uhr nur noch mit 540 Millionen genannt wurde, sprang er gegen 7 Uhr plötzlich auf 750 Millionen. Die Gründe dieses plötzlichen Hinaufschwellens liegen noch nicht ganz klar. An der Börse wollten einige wissen, daß diese neue rapide Markterwertung auf Spekulationsmanöver zurückzuführen sei, andererseits aber betont man auch in diesen Kreisen, daß sich die finanzielle Lage immer trostloser gestalte und die neue Hausse auch in Anbetracht der enormen Zunahme der schwebenden Schulden und des Notenumlaufs einigermaßen begründet wäre. Im heutigen Frühererke sehen die Devisen noch weiter erhöht ein und gegen 10 Uhr hörte man den Dollar mit 800 Millionen und das Pfund mit über 3 Milliarden. Im Laufe des Vormittags trat bei unbedeutendem Geschäft ein kleiner Rückschlag ein, so daß sich um 1 Uhr der Dollar auf circa 750 Millionen stellte. Bemerkenswert für die Beurteilung der Vorgänge am Devisenmarkt ist das äußerst starke Anwachsen der Devisenaufträge aus Köln und überhaupt aus dem besetzten Gebiet. Inwieweit alle diese Aufträge berechtigt sind, läßt sich vorderhand noch nicht übersehen; doch ist zu bedenken, daß seit einigen Tagen die Devisenzuteilung äußerst gering gewesen ist, so daß naturgemäß sich der Bedarf stark gebildet hat.

habe, welches der britischen Regierung eine Aussicht auf Fortschritt und einen geeigneten Gegenstand für eine Antwort zu geben schien, und wie die britische Regierung daraufhin ihren kühnen konträren Vorschlag (darunter die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch einen unparteiischen Sachverständigenausschuss in Gemeinschaft und eventuell unter der Kontrolle der Reparationskommission) gemacht habe. Curzon sagte: Ich glaube nicht, daß man von der britischen Regierung behaupten kann, sie hätte es an Initiative oder an Vorschlägen mangeln lassen. Unsere Vorschläge erschienen uns als unparteiisch und gut gemeint. Ich muß zugeben, daß ich und meine Kollegen sehr enttäuscht waren, daß wir eine ungünstige Antwort von Frankreich und eine nicht viel günstigere Antwort von Belgien auf unsere aufrichtige, aber nicht begriffliche Intervention erhielten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Lord Curzon auch eine Uebersicht über die Verhandlungen mit der Türkei, die zum Laufanner Frieden führten.

Lord Curzon erklärte in seiner Rede vor der britischen Reichstagskammer nach, das französisch-deutsche oder, wie er es zu nennen vorziehen würde, das europäische Problem berühre nicht zwei oder drei Staaten allein, sondern alle Mächte, die am Kriege teilgenommen haben und denen Reparationen zuerkannt worden seien, und unter ihnen nicht am wenigsten das britische Reich. Die britische Regierung habe fortgesetzt die Ansicht vertreten, daß die endgültige Regelung nur erreicht werden könne durch gemeinsame Aktion und gemeinsame Zustimmung, und daß der Streit nicht nur ein militärischer oder politischer Konflikt zwischen aneinanderstoßenden Staaten sei. Die Reparationskommission, die auf Grund des Friedensvertrages mit der Aufgabe betraut worden war, die Reparationshöhe festzusetzen, hat diese auf 6600 Millionen Pfund veranschlagt, ein Betrag, der seitler für einige Kreise einen fast satanisierenden Charakter angenommen habe, der aber in Wirklichkeit in keiner Beziehung zu dem stand, was Deutschland zahlen konnte, sondern der erzielt wurde, indem die Forderung der verschiedenen berechtigten Mächte zusammengeworfen wurden. Dieser Betrag, der, wie wohl bekannt sei,

#### eine vollkommen unmögliche Summe

sei, von der kein vernünftiger Mensch je angenommen habe, daß Deutschland sie voll zu zahlen in der Lage sein werde, könne nur geändert werden durch die Zustimmung aller Mächte. Die Tatsache, daß die Regierung von ihren Rechtsberatern nach Honorar Louis Müdler aus Paris erfuhr, daß die Ruhrbesetzung ihrer Ansicht nach durch die Bedingungen des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt sei, sei von der Regierung vor ihren Alliierten niemals verheimlicht worden. Andererseits sei öffentlicher Gebrauch erst davon gemacht worden, als Poincaré selbst die rechtliche Frage aufwarf, indem er seinen Standpunkt über die angebliche Rechtswidrigkeit der deutschen Aktion des Widerstandes gegen die Besetzung begründete.

Die Rede des englischen Außenministers, die allgemein mit Spannung erwartet wurde, hat in England wie in Frankreich großes Aufsehen erregt. Während die führenden englischen Blätter, mit Ausnahme der „Daily Mail“, die geringe Entschlußkraft der englischen Politik bemängeln und sich insbesondere dagegen wenden, daß Curzon noch immer abwarten wolle, greift die französische Regierungspresse in heftiger Weise den englischen Außenminister an, der nach ihren Worten die zwischen Poincaré und Baldwin angebotene Verständigung erneut in Frage gestellt habe. Die Hauptursache dieser Verwirrung deckt der linksdemokratische „Devoir“ mit den Worten auf: „Wenn Poincaré von Curzon an die gemachten Versprechungen erinnert wird, sofort nach Einstellung des passiven Widerstandes die Verhandlungen aufzunehmen, so ist das unglücklicherweise nur zu gerechtfertigt.“ Das Blatt meint aber zugleich, daß diese Aufforderung Curzons Poincaré, aber ebenso Frankreich in ihrer Eigenliebe verletzen werde.

Wer den Siegesrausch kennt, der in den letzten Wochen durch Frankreich geht, wird diese Empfindlichkeit verstehen. Es geht aber im Augenblick um etwas Größeres als um derartige Kleinigkeiten. Lord Curzon hat mit Recht die

deutsche Frage als das Zentralproblem Europas dargestellt und die Gefahren geschildert, die durch die Fortdauer der Ruhrkrise für die gesamte europäische Politik und Wirtschaft heraufbeschworen worden sind. Er hat gleichzeitig — und zwar mit vollem Recht — es an einer scharfen Kritik der unsfähigen und unklugen Politik Curzons nicht fehlen lassen und den berechtigten Forderungen Frankreichs die Unterstützung Englands zugewandt. In der Hauptfrage jedoch, der Frage der Aufnahme sofortiger Verhandlungen zur Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage, hat Curzon unabweislich zu verstehen gegeben, daß er die Haltung Frankreichs nicht billige und die aufrichtige Absicht der Regierung Stresemanns anerkenne, eine Lösung der Ruhrkrise herbeizuführen. Wenn diese Haltung Curzons in Paris verstanden wird, so ist vielleicht noch die Hoffnung berechtigt, daß das drohende Chaos in Mitteleuropa in letzter Stunde abgewendet wird.

### Stinnes verhandelt im Ruhrgebiet.

Die Tesunion verbreitet folgende Meldung: Der Düsseldorf-Berichterstatter der „Chicago Tribune“ berichtet, daß Hugo Stinnes, der gestern in Düsseldorf eintraf, sich in Begleitung eines französischen Offiziers zu Krupp ins Gefängnis begab. Die beiden Ruhrmagnaten plauderten eine Stunde. Nach der Unterredung begab sich Stinnes in das französische Hauptquartier zu General Degoutte, dem er ein Programm unterbreitete, das er mit Krupp im Gefängnis ausgearbeitet hatte. Der Korrespondent fügt hinzu, daß Stinnes von verschiedenen anderen Industriellen begleitet war und jedes Interview ablehnte. Wie die Telegraphen-Union in Berlin von gut unterrichteter Stelle erfährt, trifft es zu, daß Hugo Stinnes sich ins Ruhrgebiet begab, um dort Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Inangriffnahme der Betriebe zu führen.

Wir müssen für die Richtigkeit dieser Meldung die Verantwortung der Tesunion überlassen. Man hat aber wohl kaum Veranlassung, anzunehmen, daß ihre Angaben nicht zutreffen sollten. Diese Verhandlungsbemühungen des Herrn Stinnes im Ruhrgebiet sind mehr wie interessant. In dem gleichen Augenblick, wo Stinnes sich zum General Degoutte begibt, um ihm sein Programm zu unterbreiten, heft die ganze deutsch-nationale und Stinnespresse in Berlin gegen die „Regierung der Kapitulation“, der „nationalen Schmach“ und wie diese schönen Redensarten mehr heißen. Mit allen Mitteln widerlichster Demagogie wird versucht, die Stellung einer Regierung zu erschüttern, die einen Ausweg aus den außenpolitischen Schwierigkeiten zu gewinnen sucht. Die Stinnesblätter bringen jede Schandtat der Franzosen in größter Aufmachung. Die Aufforderung des Generals Degoutte an die deutschen Arbeiter, zehn Stunden und mehr zu arbeiten, wird von diesen Blättern als Entwertung der deutschen Arbeiter bezeichnet und indirekt angedeutet, daß diese Forderungen Degouttes die Folge der Aufgabe des passiven Widerstandes, d. h. die Folge der Politik der Koalitionsregierung seien. Und zur gleichen Stunde hegt sich der Hauptbrothzieher dieser Hege zu Degoutte, um ihm eben dasselbe Programm zu unterbreiten. Das erinnert nur zu deutlich an Herzs Erfüllungspolitische auf dem Göttinger Parteitag der Deutsch-nationalen. Damals erklärte die Deutsch-nationale Volkspartei ihre Bereitwilligkeit zur Erfüllung, wenn man sie in Deutschland an die Regierung ließe und wenn das Land von „marxistischen Ketten“ befreit würde. Will Stinnes jetzt zusammen mit den Deutsch-nationalen dasselbe Spiel treiben? Soll im Inland die Regierung als zu schlapp bekämpft und nach außen hin den Franzosen als zur Erfüllung nicht geeignet denunziert werden? Neu wären diese Manöver nicht. Schon während der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin wurden sie — damals nicht ganz ohne Erfolg — versucht.

Französisch-britischer Fischereikonflikt. Drei Fischdampfer aus Boulogne sind von einem britischen Fischkreuzer nach Breicham (Devonshire) eingebracht worden, unter der Beschuldigung, in britischen Hoheitsgewässern gefischt haben.

leben kann. Derartig wird aus dem Privatgelehrten und Mörder Förster der Uhrmacher Schweiger, der sich verheiratet, ein Kind zeugt und ein tüchtiger Bürger ist. So gesund ist er, daß er sogar wieder geistig krank werden kann. Jetzt aber ist die Heilung unmöglich. Alles um ihn geht zugrunde, die Frau, das erwartete Kind, das soziale Glück, er selber. Selbstmord ist die Rettung.

Das alles ist ein Gemisch von Hintertrepp und Psychologie. Das alles bewegt selten. Nicht einmal die Reugierde erweckt. Alles ist kaum Problem, es ist nur mißlungenes Experiment. Man erinnert sich, mit einiger Teilnahme, daß auch Richard Dehmel als Dramatiker einer beträchtlichen Kaspionage nachtrahete.

Nur Virtuosität kann derartiges spielen. Ernst Deutsch und Dagny Servaes gelangten denn auch nicht an den Kern einer Menschenseele. Sie variierten bloß die Komödie des Gefühls und der Aufgereiztheit. Mag Hochdorf.

### Soll Yokohama verlegt werden?

Tokio und Yokohama sind die beiden Großstädte, die unter dem Erdbeben am meisten gelitten haben. Tokio weist zwar die größere Anzahl Toter auf, da das Erdbeben die am dichtesten bewohnten Viertel der ärmeren Bevölkerung vernichtete. Die letzten Zahlen, die am 13. September veröffentlicht wurden, ergaben für Tokio 72 000 Tote, 298 455 Verbrannte und 35 156 eingestürzte Häuser. Die höher gelegenen Bezirke, das vornehme Wohnviertel und das Bierzel mit den hauptsächlichsten öffentlichen Gebäuden blieben verschont. Während sich so in Tokio das zerstörte Gebiet genau abgrenzen läßt, ist dies in Yokohama, wo weniger Tote zu verzeichnen sind, nicht der Fall. Hier ist eigentlich die ganze Stadt zerstört; jedenfalls liegen von den 93 000 Gebäuden der Stadt 68 000 in Trümmern. Die 25 000 Häuser, die noch stehen, bilden nur Vororte mit kleineren Gebäuden. Die Zahl der Toten wird auf 20 000 angegeben, die der Verletzten auf das Doppelte. Schlimmer ist es, daß ein allgemeiner Auszug aus der zerstörten Stadt erfolgt ist und die Bevölkerungsziffer von 422 000 auf 250 000 herabging.

Diese fast vollständige Zerstörung Yokohamas hat nun den Plan hervorgerufen, die Stadt überhaupt aufzugeben, wie ein Schiffswrack, und sie an einer anderen sicheren Stelle wieder aufzubauen. Diese Frage beschäftigt den Leiter der Wiederaufbauten, den Grafen Goto, lebhaft, und nicht minder natürlich die Kaufleute von Yokohama. Er herrschen widersprechende Ansichten, über die ein Berichterstatter der „Times“ Näheres mitteilt.

Yokohama ist der Hauptort des japanischen Seidenhandels, der ein Drittel der japanischen Ausfuhr beträgt und das wirtschaftliche Rückgrat des Landes bildet. Die Stadt ist zu diesem Handelsmittelpunkt geworden wegen ihres vorzüglichen Hafens und ihrer Lage; sie ist einen Tag näher an Nordamerika als Kobe und vermittelt so am besten den Warenverkehr zwischen den großen Seidengebieten von Hama-nashi und Nagano mit den Vereinigten Staaten. Der Hafen umfaßt 1300 Acres und hat eine Tiefe bei Springzeit von 33 Fuß, so daß die größten Schiffe

### Der Abmarsch ins Rechtslager.

#### Wird Stinnes deutsch-national?

Offiziell gilt die „D. A. Z.“ immer noch als ein deutsch-volksparteiliches Organ. Jedermann weiß freilich, daß trotz der gut vollenparteilichen (!) Bestimmung des Chefredakteurs Paul Lensch die „D. A. Z.“ nicht vollenparteiliche, sondern Stinnes-Politik zu machen verpflichtet ist. Wenn man heute morgen die „D. A. Z.“ liest, muß man zur Ueberzeugung kommen, daß Stinnes ins deutsch-nationale Lager abzuschwenken im Begriff ist. Schon die Ueberschrift „Geleitete Koalition?“ verrät den ganzen Schmerz des Herrn und Meisters darüber, daß seine Absichten, die Arbeitererschaft zu entziehen, nicht gelungen sind. Im Anschluß an einen schmerzlich wehmütigen Bericht über die Aussicht der Regierungsbildung wird in großer Aufmachung als ein „deutsch-nationales Programm“ ein Artikel Paul Baekers in der „Deutschen Tageszeitung“ angepriesen, der die geistvolle Redensart von der „Ueberrückung von den marxistischen Irrlehren“ zum Mittelpunkt hat. Die „Kreise der Arbeitererschaft, die sich vom Marxismus freigehalten haben“, müßten gesammelt werden, die Landwirtschaft und der Mittelstand müssen mit diesen Kreisen zusammen eine Regierung bilden, die alle Machtmittel des Staates in der Hand habe, und zwar auf anderem als parlamentarischem Wege. Die „D. A. Z.“ nennt diese Aufforderung zur Bildung einer Diktatur die „Bereitwilligkeit zur positiven Mitarbeit“ und ist der Meinung, daß man auf dieser Grundlage unbedingt die Deutsch-nationalen heranziehen muß. Auf die marxistischen Arbeiter und ihren sonstigen Anhang kann Herr Stinnes offenbar verzichten, denn sie gehören nach der „D. A. Z.“ nicht zu den „stärksten Patalionen“.

Nach wie deutscher wird der Abmarsch in dem Leitartikel „Zwischenspiel“. Die Kanzlerpresse wird von dem Stinnes-Organ folgendermaßen charakterisiert:

„Zunächst: wer ist die Kanzlerpresse? Von einigen Zeitungen, wie dem „Berliner Tageblatt“ abgesehen, das zwar aus demokratischer Parteibefähigung sich kräftig für Herrn Stresemann und die große Koalition ins Zeug legt, ohne jedoch hierbei die Grenzen des politischen Anstandes zu überschreiten, wird die Kanzlerpresse dargestellt von einer Reihe durch dunkle unterirdische Schlammkanäle miteinander verbundener Organe, so vor allem die zahllosen Zeitungen der Ulkisten-Gebrüder, die „Welt am Montag“, der „Montag-Morgen“, das „Tagebuch“ bis hinüber zum „Vorwärts“. Die berüchtigten Organe der Berliner Publizistik gehören zu ihnen, und es ist natürlich für den Ruf der Reichspolitik im Ausland nicht förderlich, wenn derartige Organe so begeistert für sie eintreten.“

An diese schön stillierten Bemerkungen schließt sich eine Spezialatade gegen Georg Bernhard an, der auf Paul Lensch wie das rote Tuch zu wirken scheint. Aber jeder spürt, daß die Prügel, die der Kanzlerpresse und „ihrem Labour-major“ erteilt werden, in Wirklichkeit Herrn Stresemann zugehört sind. Die Mitteilungen, die die bürgerliche Presse über die Manöver des Herrn Stinnes vor der Regierungstruppe verbreitet hat, werden in der vorliegenden und in bestmöglichen Form demontiert, in der die „D. A. Z.“ für gewöhnlich peinliche Mitteilungen über Stinnes zu demontieren pflegt. Boshafte Zeitgenossen können solche Dementis nur als Bestätigungen auslegen.

Was der Zweck dieser ganzen Nachschichten gewesen ist, verschweigt die „D. A. Z.“ schließlich auch nicht mehr. Man kann doch kaum deutlich werden, als wenn man schreibt:

„Um so erster freilich muß man die furchtbare Situation nehmen, in der sich Reich und Staat befinden und die durch die tragikomische Kabinettskrise nur verstärkt worden ist. Nur eine Frage sei gestattet: Glaubt man wirklich, durch den Tschwabohu der letzten Tage die Lebenskraft und Unverletzlichkeit des deutschen Parlamentarismus erweisen zu haben?“

Das war also der Zweck der Uebung: Die Schwierigkeiten für Reich und Staat zu vermehren und durch das Tschwabohu der letzten Tage die Entbehrlichkeit des Parlamentarismus zu erweisen und dadurch den deutsch-nationalen Wünschen nach einer Diktatur die Wege zu ebnen.

hier ansetzen können. Der Hafen ist zwar beschädigt, läßt sich aber verhältnismäßig leicht wiederherstellen. Deshalb fordern die Seidenhändler von Yokohama die Beibehaltung des alten Docks, und zum Zeichen der energischen Wiederaufnahme der Arbeiten ist bereits am 18. September die erste Seidenlandung der diesjährigen Saison von Yokohama nach den Vereinigten Staaten abgegangen. Auch der Grund, daß man die Stadt an einer sicheren Stelle wieder aufbauen müsse, ist nicht stichhaltig. Es gibt auf dem japanischen Inselreich keine ganz sicheren Stellen. Die ganze Küste des Stillen Ozeans liegt in der Erdbebengone; bald leidet das eine Gebiet mehr und bald ein anderes. Schwere Erschütterungen erfolgen meist in langen Zwischenräumen, und wenn man der Erfahrung vertrauen darf, dann werden Tokio und Yokohama für die nächsten 50 Jahre so sicher sein wie nur irgend eine andere Ort an der Küste. Deshalb fordern die Bewohner der Stadt, daß die Regierung Yokohama nicht aufgeben darf und haben bereits aus eigenem Antrieb den Aufbau begonnen.

Pastorex erster Patient. Vor einigen Tagen starb bei Paris ein früherer Hirtenknabe namens Jupille, der zu einer eigentümlichen Berühmtheit gelangte. Als sechzehnjähriger Junge wurde er im Jahre 1855 von einem tollwütigen Hunde gebissen, als er eine Schär Kinder gegen das Tier zu schützen versucht hatte, und rang in den letzten Zügen mit dem sicheren Tode. Kurz vor dem Tode jedoch Pasteur seine Experimente zur Niederringung der Tollwut — allerdings bis dahin nur an Tieren — erfolgreich abgeschlossen, Jupille war nun der erste Mensch, an dem Pasteur sein Heilverfahren anwandte. Der Erfolg war durchschlagend. Der Erfinder nahm den von ihm geretteten jungen Mann zu sich als Diener und Pfleger des Pasteur-Instituts in Paris, wo er bis kurz vor seinem jetzt erfolgten Tode blieb.

Die Gebirge wandern. Der amerikanische Geologe Universitätsprofessor Billies, der von einer Reise nach Südamerika zurückgekehrt ist, veröffentlicht das Resultat seiner Forschungen und Studien, wobei er die Feststellung machte, daß sich der riesige Gebirgszug der Anden seit etwa einem Jahrhundert um zwei Meilen nach Westen verschoben hat. Die Berge von Kalifornien befinden sich seiner Beobachtung nach in einer Abweichung nach Norden.

Erstausführungen der Woche. Dienst. Deutsches Theater: „Anna Bolivina“. — Schloßtheater: „Einmal um Rom“. — Mittw. Volkshaus: „Der abtrünnige Jar“. — Kammerspiele: „Die Kinder“.

Die Volkshausbrücke bringt als erste Reinszenierung dieses Spieljahres Carl Audians Legende „Der abtrünnige Jar“. Die Titelfarbe ist mit Ludwig Müller und Fritz Alberti besetzt. Erstausführung Mittw. den 10. abends 7½, 10 im Theater am Waldplatz. Regie: Fritz Doll, Bühnenbild: Oskar Schlemmer. Musik: Wolfgang Jeller.

Das Berliner Sinfonie- (Häthner) Orchester veranstaltet sein 1. Sinfoniekonzert am 14. d. M., abends 8 Uhr, im Glitzerpalast. Karten ab Dienstag in den bekannten Vorverkaufsstellen.

Die Durchhändlerzahl beträgt von heute ab 75 Millionen

### Ein Dramatiker der verloschenen Erinnerung

(Theater in der Königgrüßer Straße: „Schweiger“, Schauspiel in drei Akten von Franz Werfel.)

Franz Werfel war überglücklich, so lange die Welt nach im erbaulichen Frieden lag. Da hat er sich der leidenden Welt zugewandt und in frei fließender, rhythmisch sehr bewegter Sprache die Bilder von der alten und behaglichen Menschheit gezeichnet. Sein Vers begleitete wohl Sinnenfreude und Trauer, aber es kam in dem Dichter selbst selten zur Traurigkeit. Das Optimistische siegte so stark in ihm, daß er jungen Leuten geradezu eine Medizin der Erheiterung bringen konnte. Dieses Leichtes der Gesinnung verführte sich mit einem leuchtenden, rhetorischen Schwung. Werfel bewältigte ganze Arien des Wortes. Aus ihm blühte ein Virtuosität, das sich selten unnützlich vergeudet. Er brachte nach der Dehmelschen Sprache die bestete Zügellosigkeit. Wenn der alte Meister nie und da zu erstarrten schien, so lebte in Werfel der gewandteste und fröhlichste Schüler wieder auf. Zwischen Verhaeren und Dehmel stand Werfel, noch ganz jung, aber schon als die Verheißung, daß die Welt durch Hommenfingen und ganz moderne Psalmen ausgezeichnet werden soll.

Die Welt wurde kumpfer und dunkler. Werfel litt am Weltkrieg, den er mitleidlich mußte. Er reitete seine Liebe zum Volk. Der lyrische Dichter deutscher Sprache sah am Herd italienischer Bauern, die durch seine Uniform zunächst erschreckt wurden. Doch er redete ihnen gütig zu, seine Stimme muß ein Gesang gewesen sein, denn die Melodie beängstigte, was sich in Angst grämte. Werfel zog die Uniform aus, und als er jetzt dichtete, zog es ihn zu dem Widerspruch und dem Ungeist der Kriegsidee, die er bekämpfte. Er wurde ein Grübler, er, der einst Sinnliche, er strebte nach der reinen Moral. Er sah das Unheil in der Selbstvergötterung der Menschen. Weil der Mensch keinen „Spiegelmenschen“ als Höhenbild liebt, verfällt der Mensch. Das war der Sinn eines Werfelschen Symboldramas, aber hier schon vorwandelte der Gedanke sich nicht mehr in sinnliche Kraft. Die tragische Grube: Ichlich sich überall ein. Es fand wohl eine Verheißung der Idee statt, doch der Künstler, der einstmalig unbändig und einflussreich und mehr als schmelzend gewesen war, verkrüppelte.

Der Künstler ist in dem Schauspiel „Schweiger“ schon an den Rand der Zerrückung gelangt. Ihn treibt nicht mehr der Hang zum Hellen, ihn spürt nur noch der Trieb zur seelischen Finsternis. Ein stiller Gelehrter wird von dieser Nacht erfaßt. Mit dem geladenen Revolver ruert der plötzlich geistesgestörte Mann in eine Kammerschloß. Der Arzt erkennt zum Glück, daß der Mörder nur ins Irrenhaus gehört. Und dieser Arzt ist ein Wunderkinder, der aus dem Geiß seiner Patienten die Erinnerung fortwischen kann. Er amputiert den kranken Geist wie ein anderer Arzt das kranke Bein, so daß der Operierte als neue Persönlichkeit und in neuer Gesundheit

## Deutschnationale Demagogie.

Sie schimpfen über die Folgen ihrer eigenen Taten.

Die Deutschnationalen haben nach dem Urteil aller Politiker die augenblickliche Krise der Regierung verursacht. Selbst die bürgerlichen Blätter müssen zugeben, daß zahllose Angehörige der Mittelparteien bemüht oder unbemüht den deutschnationalen Versuchen, auf dem Wege über den Regierungsturz nicht nur die Regierung Stresemanns, sondern auch die Republik zu beseitigen, Vorschub geleistet haben. Es ist deshalb die widerlichste Heuchelei, wenn diese Gesellschaft einen fulminanten Aufruf losläßt, in dem an das Schicksal von Rhein und Ruhr erinnert wird — die aufzugeben um ihrer inneren Ziele willen die Deutschnationalen jede Stunde bereit sind — und ein „grundfäßlicher Wechsel der Politik in Deutschland“ verlangt wird. Hinter diesem grundfäßlichen Wechsel verbirgt sich nichts anderes als die Aufforderung zum Sturz der Demokratie, zur Entfaltung des Bürgerkrieges und zur Wiederkehr der Monarchie. Gewiß muß ein grundfäßlicher Wechsel erfolgen. Das Schauspiel, daß deutschnationale Drahtzieher die bürgerlichen Parteien so vollkommen in Verwirrung bringen können, darf nicht wiederkehren. Es muß ein für allemal bei den bürgerlichen Parteien, und nicht nur bei der Volkspartei, den Rechtsliberalen der Stuhl vor die Tür gesetzt werden, weil die Wiederkehr solcher Kreise das Land unerträglich sein müßte. Die Deutschnationalen aber, die dauernd den Wirrwarr zu entfalten suchen, sollten lieber schweigen, oder, wenn sie reden, sollten sie nicht heuchlerisch ihre wahren Ziele verdecken, sondern offen sagen, was sie wollen. Sie sind am allerwenigsten berechtigt, über den drohenden Verlust von Rhein und Ruhr zu jammern, den sie durch ihre Politik ständig und bewußt provozieren. Sie sind um so weniger berechtigt, über Mangel an Führung zu jammern, wenn sie jede Führung im Reich mit allen Mitteln zu hindern suchen.

## Vor dem Eintritt der Kommunisten.

Dresden, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Amlich wird der Presse heute folgende Mitteilung übergeben:

„Die Verhandlungen zwischen den Delegierten der sozialdemokratischen und kommunistischen Landtagstraktion und den Parteinstanzen, die am Freitagabend aufgenommen wurden, haben einen erfolgversprechenden Verlauf genommen. Es wurde Übereinstimmung im wesentlichen erzielt. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Es ist Aussicht vorhanden, daß der Eintritt der Kommunisten in den nächsten Tagen erfolgt.“

## Preistaumel auf dem Lebensmittelmarkt.

Verbraucherpassivität gegenüber Wucherpreisen.

Jede neue Dollarhaufe wird, wie das die Erfahrung lehrt, besonders auf dem Lebensmittelmarkt von einzelnen Händlern zu Preissteigerungen benutzt, die weit über das durch die Marktwertung gebotene Maß hinausgehen. Die Tatsache, daß am gestrigen Freitag an einzelnen Stellen für ein Ei 15 Millionen Markt gefordert und — was noch schlimmer ist — auch wirklich bezahlt worden sind, obgleich der am heutigen Sonnabend früh festgesetzte Kleinhandelspreis für Eier erst 12 Millionen beträgt, liefert den besten Beweis dafür.

Von zuständiger Seite wird deshalb erneut mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen, daß es im eigenen Interesse der Verbraucher liegt, wenn derartige Preisforderungen, die sich ohne weiteres als wucherisch kennzeichnen, zur Kenntnis des zuständigen Polizeireviers oder der auf der Straße diensttuenden Schutzpolizisten gebracht werden. Das gleiche trifft für den Fall zu, daß innerhalb von 24 Stunden Preisveränderungen bei Lebensmitteln konstatiert werden können. Um den Verbrauchern die notwendige Selbstkontrolle zu erleichtern, sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Preise für Gemüse, Obst, Eier und Fische jeden Morgen im Großhandel festgestellt werden und vom Kleinhandel zuzüglich der entsprechenden Spanne 24 Stunden lang einzuhalten sind. Bei Butter, Schmalz, Margarine, Speck, Hülsenfrüchten, Mühlenfabrikaten, Kaffee, Marmelade erfolgt die Preisfestsetzung entsprechend der Börsenbewegung am Mittag jeden Tages, und diese Preise sind dann ebenfalls 24 Stunden lang bis zum Mittag des nächsten Tages von den Kleinhändlern einzuhalten. Wo Verkäufe gegen diese Vorschriften beobachtet werden können, genügt die sofortige Meldung an die Polizei, um Abhilfe zu schaffen. Leider hat man bisher die Beobachtung gemacht, daß die Verbraucher diese Selbstkontrolle nur in den wenigsten Fällen ausüben und durch Hinnahme unberechtigter Preissteigerungen das wucherische Gebaren mancher Händler unterstützen.

## Brotpreiserhöhung ohne Ende.

Ab Montag, den 8. Oktober, beträgt der Preis für das marktreife Brot 58 Millionen. für die Schrippe 2,3 Millionen. Die übrigen Gebäckpreise erhöhen sich entsprechend.

## Die neuen Werktarife.

Unauffällig gehen die Tarife der städtischen Werke in allen deutschen Städten in die Höhe. Die Berliner Werke haben ihre Preise ab Montag ab auf 30 Millionen für Gas, 30 Millionen für Wasser und 60 Millionen für Elektrizität erhöhen müssen. Diesen Preisen liegt eine Steigerung des Kohlenpreises für die Tonne Koble ab heute auf 5,494 Millionen und der Frucht auf 1,276 Millionen, zusammen frei Kesselhaus 6,73 Milliarden, zugrunde.

Nach dem Bericht der Direktion haben seit der Einführung der 14täglichen Entlastung die Eingänge sich wesentlich gehoben, so daß zurzeit 60 Proz. sofort eingehen, während man in Durchschnittszeiten mit etwa 70 Proz. rechnete. Die in Aussicht genommene achtstägige Rasterung wird zweifellos auch in dieser Beziehung die Lage der Werke bessern und dadurch indirekt auch den Konsumenten zugute kommen. Immer wieder muß aber betont werden, daß die Wurzel des Übels die Weltmarktpreise der Koble sind. Die englische Koble ist bekanntlich um ein bedeutendes billiger als die deutsche Koble, und es wird eine Hauptaufgabe der neuen Regierung sein, nachdem der vorige Vorstoß der Bergmagnaten gegen die Große Koalition abgewehrt ist, den Kampf gegen die verdrängende Preispolitik der Engländer und Konsortien energisch durchzuführen.

Auch die private Gasbetriebsgesellschaft erhöht ihre Tarife ab Montag ganz wesentlich. Um so zu tun, als ob sie töte, redet sie von einem Durchschnittspreis, den sie angeblich festsetzt. In Wirklichkeit wird der nach ihrer Berechnung für die laufende Woche festgesetzte Gaspreis nur berechnet, um auf den gewünschten Durchschnittspreis zu kommen. Der Tarif der Gasbetriebsgesellschaft beträgt von Montag ab 25 Millionen. In Wirklichkeit ist das natürlich um ein vielfaches mehr als das, was die städtischen Werke nehmen, da die private Gesellschaft noch nie vor vier Wochen auf einmal mit rückwirkender Kraft einsteigert.

# Die Sorge um die städtischen Werke.

In der Konferenz sozialdemokratischer Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder sprach Genosse Reuter über „Unsere Stellung zu den städtischen Wirtschaftsunternehmungen“.

Die Frage der städtischen Werke ist für die Allgemeinheit akuter geworden infolge der unerschwinglichen Höhe der Tarife im Zusammenhang mit der Art der Einziehung und infolge der Zustände bei der umgewandelten Straßenbahn. Darüber besteht kein Zweifel: die Werke der Stadt, das Fundament der städtischen Wirtschaft, müssen ihr erhalten bleiben und so ausgebaut werden, daß sie dem Interesse der Bevölkerung dienen. Daß die Bevölkerung jetzt über die Werttarife klagt, ist begreiflich, aber teure Koble gestattet keine billigen Tarife. Es wird Aufgabe der Reichspolitiker sein, die Macht der preilstreubenden Kartelle zu brechen. Die Gaswerke wollen den Klagen über die Einziehungsart abhelfen durch achtstägige Standaufnahme, die freilich verteuert wirkt. Auch Vorausschaltung für einige Tage der folgenden Woche soll entgegengenommen werden. Das Kernproblem aber, an dessen Lösung gearbeitet wird, ist dies, die durch Zusammenfassung der Gemeinden Groß-Berlins zusammengewürfelten Betriebe zu einem einheitlichen und technisch vollkommenen Betrieb auszubauen und dadurch billigere Produktion zu erreichen. Dazu kommt das andere Problem,

## Die Frage der Organisationsform.

Die übernommene Form der Regiebetriebe, die von der Stadtverwaltung und ihren Instanzen abhängig sind und ihren schwerfälligen Beamtenapparat haben, ist veraltet. Bei einer anderen Betriebsform, die größere Beweglichkeit gibt, mehr den Techniker und den Kaufmann zur Geltung kommen läßt und die Neubesehung leitender Posten erleichtert, wären wir mit unseren Werken weiter. Die Erfahrungen, die mit der G. m. b. H. und mit einigen kleineren zur G. m. b. H. umgewandelten Unternehmungen der Stadt gemacht wurden, sind nicht schlecht. Widerstand gegen die Umwandlung kommt von den Beamten, aber auch die Arbeiter fürchten von ihr eine Rechtslosmachung. Doch die soziale Stellung des Arbeiters im Betrieb hängt nicht von der Betriebsform, sondern von der Stärke der Gewerkschaft ab. Unfals ist das Gebot, daß die Umwandlung eine Beteiligung von Privatkapital bringt. Eine solche Beteiligung ist nur eine Frage der wirtschaftlichen Macht. Um sie abzuwehren, muß ein Unternehmen gestiftet sein. Eine feststehende Betriebsform ist wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau unserer Werke. Die Umwandlungsgegner weisen jetzt auf die Zustände bei der Straßenbahn hin, die in der Tat unhaltbar sind. Eine endgültige

## Lösung des Straßenbahnproblems

ist nicht möglich ohne die Lösung des Problems des Berliner Gesamtverkehrs. Er muß als Einheit betrachtet und einheitlich finanziert werden. Das Reich hat der Stadt durch Zuschüsse mit Hilfe der Rentenpresse billigere Tarife ermöglicht. Solche Zuschüsse könnten den Ausbau unentbehrlicher Verkehrsunternehmen ermöglichen, z. B. der Nord-Süd- und auch der jetzt der Stadt gehörenden ganz unfertigen U-Bahn. Die Umgestaltung der mit Defizit von täglich 60 Millionen arbeitenden Straßenbahn war unermesslich. Aber die Fehler hätten vermieden werden können. Den Abbau auf 30 Linien wird man bald rückgängig machen müssen. Umsteigerechtigung soll für alle Fahrstrecken gemacht werden. Ganz unmöglich ist die Art, wie mit den Arbeitern umgesprungen wurde, die niedrige Entlohnung, die lange Arbeitszeit usw. Das muß geändert werden. (Zusammensetzung.) Aber dieser Sonderfall der Straßenbahn kann kein Anlaß sein, unsere Stellung zur Frage der Betriebsform zu ändern. Die Umwandlung der Betriebsform ist unermesslich. Dabei sollen und werden die Werke unserer Hand bleiben. Durch den Erfolg können wir zeigen, daß unser planmäßiger Aufbau im Interesse der ganzen Bevölkerung liegt.

## In der Diskussion

erhielt Genosse Polenske, der Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes, erhebliche Redezeit. Auch Regiebetriebe braucht führte er aus, Beweglichkeit nicht zu fehlen. In Reutlitz und Lichtenberg ist das durch den Erfolg der Werke bewiesen worden. Daß die Beamtenwirtschaft erschwerend wirkt, ist richtig. Die Hauptsache ist, tüchtige Leute zu haben. Die Betriebsform ist kein Mittel. Die Gasbetriebsgesellschaft hat jetzt gleichfalls mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch bei Regiebetrieben können wir die Werke gut verwalten und sozialen Anforderungen genügen. Die Umwandlung in eine G. m. b. H. wird infolge der Geldnot gefordert. Aber Kredit könnte auch ein Regiebetrieb erhalten. Wichtig ist nur mehr Bewegungsfreiheit. Die Verwaltungsdeputation soll man durch einen Aufsichtsrat ersetzen. Die Erfahrungen mit der Straßenbahn warnen vor einer Um-

## Das Manuskript des Herrn v. Hollwede.

Neue Zustände im Reichspensionsamt.

Mit den im Reichspensionsamt herrschenden Zuständen befahte sich ein Berufsprozess, der gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der im Reichspensionsamt angestellte Major a. D. v. Hollwede hatte mehrfach unter Benützung von Vereinfachungsapparaten des Amtes Manuskripte hergestellt oder durch Beamte herstellen lassen, in denen die republikanische Staatsform beschimpft und für monarchistische Bestrebungen Propaganda gemacht wurde. Ein Angestellter Baß hatte nun aus dem Papierkorb einige unbrauchbare Exemplare dieser Manuskripte herausgefunden und sie dem Betriebsrat übergeben, der sie der Öffentlichkeit zuleitete. Der Leiter des Reichspensionsamtes, Herr v. Jacoby, stellte daraufhin gegen Baß Strafantrag wegen Diebstahls. In erster Instanz war Baß zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, worauf er Berufung einlegte. In der neuen Verhandlung befahte sich sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wendig, eingehend mit der genannten, neuerdings dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Behörde, wobei er betonte, daß über die Geschäftsführung des Reichspensionsamtes in der letzten Zeit auch gerade in rechtsstehenden Blättern und von alten aktiven Offizieren bitter geklagt würde. Daß die Rekonstruktion eines aus dem Papierkorb erhaltenen Manuskripts seinen Diebstahl darstelle, müsse auch Herr v. Jacoby als Jurist wissen. Das Gericht sprach Baß frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß im Reichspensionsamt höchst unerfreuliche Zustände herrschten.

Was geschieht oder ist gegen Herrn v. Hollwede geschehen? Sollte dieser „republikanische“ Beamte etwa noch immer Gehalt von der Republik beziehen?

## Verbot aller Hundeausstellungen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Infolge eines gestern vorgekommenen Hundebissunfalls in Schöneberg hat sich der Polizeipräsident genötigt gesehen, alle Hundeausstellungen für die nächste Zeit zu untersagen. Infolgedessen ist auch die am morgen, Sonntag, den 7. Oktober, in der Schloßbrauerei in Schöneberg anberaumte Schau der Gesellschaft der Hundefreunde „Hektor“ verboten worden.

Ein tollwütiger Hund fiel gestern ohnd in einer der Straßen Schönebergs ohne Maulkorb und Leine herum. Nachdem er bereits vier Personen gebissen hatte, war es möglich, den Hund einzufangen. Ein hingeworfener Literzettel ordnete die Tötung

wandlung in eine G. m. b. H. Sie ist hier auf Kosten der Arbeiter gesehen und hat die auf die Straßenbahn angewiesene Bevölkerung geschädigt. Tarifliche Abmachungen sind der Organisation bisher nicht möglich gewesen. (Hört, hört!) Anschläge und Organisationsversammlungen sind auf den Bahnhöfen verboten worden. (Zuruf: Eine Schweinerei!) Bei der Umwandlung in eine G. m. b. H. geht das Grundrecht des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenversorgung verloren. Die Arbeiter müßten weiter als Arbeiter der Stadt gelten und dieses Grundrecht behalten. Die Arbeiterorganisation fordert mehr Entgegenkommen. Ueber Beschlüsse der Stadtverordneten zu den Straßenbahnerentlassungen und den Straßenbahnerabfindungen darf der Magistrat nicht einfach hinweggehen. Redner betonte zum Schluß nochmals die Möglichkeit eines guten und leistungsfähigen Regiebetriebes.

Genosse Benzl bestritt gleichfalls die Notwendigkeit der Betriebsumwandlung. Die umgewandelte Straßenbahn habe zum Direktor einen Arbeiterfeind erhalten. Alle Funktionen seien von der Wiedereinstellung ausgeschlossen worden. Der Aufsichtsrat, an dessen Spitze ein sozialdemokratischer Stadtrat steht, habe das gebietet. Diese zwiespältige Politik ist unmöglich. Redner rügt auch das Geschäftsgebaren der Gaswerke. Tariffestsetzung und Einziehungsverfahren haben die Bevölkerung erregt. Er fordert einheitliche Politik der Genossen im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung und legt eine entsprechende Resolution vor.

Gegen ihn polemisiert Genosse Czarinski: Hätte der sozialistische Magistrat wirklich kaufmännisch gewirtschaftet, dann müßten die Tarife noch viel höher sein.

Auch Genosse Dettmer hält die Preisgabe des Regiebetriebes für sehr bedenklich, zumal nach den Erfahrungen mit der Straßenbahn. Steigerung der Beweglichkeit ist und bleibt eine der wichtigsten Forderungen. Sie ist aber auch beim Regiebetrieb möglich, und auch der nötige Kredit ist dann zu erhalten.

Genosse Lehmann erkannte die bei der Straßenbahn und den Gaswerken vorgekommenen Mißgriffe als berechtigt an. Aber für die grundsätzliche Frage der Umwandlung werde damit nichts bewiesen. Ausreichende Beweglichkeit sei nur durch Umwandlung der Betriebsform zu erreichen. Gerade durch Steigerung der Rentabilität werde man die Werke der Stadt vor Beteiligung des Privatkapitals schützen.

Genosse Amberg bestritt die größere Beweglichkeit der G. m. b. H. Den Bürgerlichen sei es um Ausschaltung des politischen Einflusses von links zu tun. Die zuerst von Baurat Rißke vorgeschlagene Straßenbahnstilllegung sollte auf die Tarifpolitik des Reiches einen Druck ausüben. Leider froh man auf den Leim und beschloß so. Bei der Wiedereröffnung des Betriebes kam es zu einem ausgiebigen Abbau nicht nur des Verkehrs, sondern auch der Rechte der Arbeiter.

Da Genosse Schünung, der Vorsitzende des Straßenbahn-Aufsichtsrats, durch eine wichtige Konferenz in städtischen Angelegenheiten am Erscheinen verhindert war, sprach für den Magistrat Genosse Hing. Gegen den Beschluß der Verkehrsdeputation, die Straßenbahn stillzulegen, habe anfangs der Magistrat sich gewehrt. Kein Reich denke daran, die Betriebe der Stadt dem Privatkapital in die Hände zu spielen. Abbau der sozialen Errungenschaften mache der Magistrat nicht mit. Redner bedauert die jetzigen Zustände bei der Straßenbahn.

Genosse Brodat führte zur Gastarifffrage aus, man könne nicht eine Preispolitik machen, bei der die Gaswerke binnen eines Jahres dem Privatkapital ausgeliefert würden. Dem besagten Mißständen soll abgeholfen werden. Die wöchentliche Standaufnahme ist schon beschloffen, sie wird aber ein Mehr von 1700 Arbeitskräften erfordern.

Genosse Lüdemann bedauerte, daß die Zustände bei der Straßenbahn die Sachlichkeit der Beurteilung des Problems beeinträchtigen. Neue Wege zu dem Ziel des Sozialismus, zur Gemeinwirtschaft, sollen gefunden werden. Nicht um soziale Fürsorge für einen kleinen Teil der Arbeiter, sondern um Befreiung der Lage der ganzen Arbeiterschaft handelt es sich. Daher sind diese Fragen Probleme der Gesamtpartei. Unsere Staats- und Gemeinbetriebe sind keine sozialisierten Betriebe, sie werden aber als sozialistische Experimente verfahren und ihre Unwirtschaftlichkeit wird gegen die Partei ausgenutzt. Redner wies hin auf die Baubüchsenbewegung, die der erste große Sozialisierungsversuch ist und in schärfstem Kampf gegen die Privatbetriebe steht.

Genosse Wenzl unterstrich nochmals die Forderung, auch in der Verwaltung das zu tun, was wir in der Agitation vertreten.

Am Schlußwort stellte Genosse Reuter fest, daß die Notwendigkeit einer Änderung des Regiebetriebes von niemand bestritten wird. Nur über das Wie gehen die Meinungen auseinander.

Mit der in der Resolution Wenzl berührten Frage der einheitlichen Politik im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung wird sich der Bezirksvorstand in einer besonderen Sitzung beschäftigen.

des Hundes auf der Wache an. Der Kopf wurde vom Beibe getrennt und dem tierärztlichen Institut überbracht. Die Untersuchung ergab, daß der Hund tollwütend war. Die von dem Tiere gebissenen Personen sind von diesem Ergebnis benachrichtigt und zur Schutzimpfung aufgefordert worden.

## Die lächerliche Verfassung.

Die ständischen Beschimpfungen der Republik, die kürzlich im Rahmen einer Abiturientenprüfung des Köllnischen Gymnasiums berechtigtes Aufsehen erregten und über die wir berichteten, haben jetzt, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, auch das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beschäftigt. Nach dem Ergebnis der vorläufigen Ermittlungen ist gegen den dabei genannten Studienrat Dr. Thomajacke das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Inwiefern die Vorwürfe berechtigt sind, die gleichzeitig gegen den Oberlehrer Dr. Michaelis erhoben werden, unterliegt ebenfalls der Nachprüfung.

Der zweite Opfertag der Kleingärtnerblüte im Bezirk Treptow brachte eine Spende der Kleingärtner, die auf 200 Zentner Kartoffeln, 250 Köpfe Kohl, 900 Mandeln Kohlrabi, 1 1/4 Zentner Mohrrüben, 3 Zentner Zwiebeln, 600 Eier, mehrere Zentner Wehl, Zucker und Obst geschätzt wird, dazu Brot, Speck, Schmalz, Brennholz und Kohlen, große Mengen Salat, Spätsen, Gurken, Reis, Haferstroh, Gerstentafel, Milch usw., sowie namhafte Geldbeträge. War auch die Stimmung bei den Kleinen feiern dem Ernst der Zeit angemessen, in ihnen klang doch als Grundton die Freude mit, geben zu können und nehmen zu dürfen. Im Schoße des Kleingärtnerbeirats für den Verwaltungsbezirk Treptow entstanden und unter Mitwirkung des Bezirkskleingärtneramtes fröhlich fortgeführt, ist zu hoffen, daß sich der Gedanke praktischer Nächstenliebe auch in kommenden Jahren auswirken möge.

Die Direktion des Wintergartens teilt mit, daß die Sonntag-Nachmittagsvorstellungen bis auf weiteres ausfallen. Die Abendvorstellungen beginnen um 8 Uhr.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Anfangs trübe, mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden. Später zeitweilige Aufhellung.

## Jugendveranstaltungen.

Wöchentliches Besuchen, Schulfestlichkeiten heute abend 7 Uhr Christ-Kindergarten 14. Wilm. Vorsteigasse, Kindl. Curre (Schulfestliche) Jugend zu uns. Bitte herzlich willkommen.

